

Ausschaffungsinitiative tritt Rechtsstaat mit Füßen - Gefahr für alle Minderheiten

Minderheiten brauchen rechtsstaatlichen Schutz. Den Rechtsstaat tritt die Initiative indessen mit Füßen. Mitmenschen ohne Schweizer Pass sollen des Landes verwiesen werden, ohne eine rechtsstaatliche Prüfung ihres Einzelfalles, wie diese sonst jeder Bürgerin und jedem Bürger dieses Landes zusteht. Das ist das erklärte Ziel der Initiative, denn der automatische Verlust „aller Rechtsansprüche auf Aufenthalt“ lässt keine andere Interpretation zu; keinesfalls kann die Initiative so ausgelegt werden, dass ein Wegweisungsentscheid unter Umständen auch nicht vollzogen werden kann. Im einem Rechtsstaat sind Entscheide zu vollziehen.

Masst sich eine Mehrheit an, der Minderheit der Ausländerinnen und Ausländer grundlegendste Rechte zu verweigern, wie z.B. die der Anhörung vor einem Entscheid, wird sich in Zukunft jede Minderheit in Acht nehmen müssen, dass nicht auch ihr Schutz dem Machtstreben wortgewaltiger Parteioxponenten zum Opfer fällt. - Die SVP Ausschaffungsinitiative ist deshalb entschieden abzulehnen. Schwere kriminelle werden auch ohne diese ausgewiesen, und bei Bagatellfällen, Menschen, die schon lange unter uns leben, ohne jede Rücksicht auf ihre persönlichen und familiären Verhältnissen hier und im Ausschaffungsland auszuschaffen, ist menschenverachtend und menschenrechtswidrig.

Der Gegenvorschlag will den schlimmsten Folgen der Initiative entgegenwirken. - Wer aber unseren zuständigen staatlichen Organen vertraut und nicht bereit ist, die gezielte Aushöhlung dieses Vertrauens mitzumachen, hat keinen Anlass, dem Gegenvorschlag zuzustimmen, soll ihn aber bei der Stichfrage für alle Fälle unterstützen.

Die GMS empfiehlt allen Angehörigen von Minderheiten und allen, die deren vorbildlichen Schutz in der Schweiz und damit unser Ansehen und unseren Zusammenhalt nicht aufs Spiel setzen wollen, dringend 2xNein zu stimmen und den Gegenvorschlag anzukreuzen. Das hilft genau gleich gut, die Initiative zu bekämpfen wie ein Nein zur Initiative und ein Ja zum Gegenvorschlag. Letztlich sind genügend Nein-Stimmen gegen die Initiative entscheidend!

gms-minderheiten.ch
Giusep Nay, Präsident

8. November 2010
Leserbrief an Tages-Anzeiger